

Alle reden vom Personal, wir erst recht!

Von unserem Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt

Einer der wichtigsten Termine liegt gerade hinter uns. Er ist mit mehr Emotionen verbunden als beispielsweise das Thema „Beförderungen“ und/oder gar „Beurteilungen“, oder?

Es handelt sich um die jährliche Personalzuweisung. Die Debatten im Sinne von „the same procedure as every year“ (frei übersetzt: jedes Jahr dasselbe) tragen eine dicke Überschrift: Intransparent, ungerecht, nicht nachvollziehbar!

Ist das Vergangene oder auch in der neuen Organisation der Fall? Und ob, werden insbesondere diejenigen, die aus ihrer Sicht negativ betroffen sind, sagen. Wir als GdP Saarland bewerten allerdings nicht so pauschal. Wir setzen uns, wie gewohnt, differenziert und konstruktiv kritisch mit dem Thema auseinander.

Grundsätzlich kann in diesem Jahr festgestellt werden, dass durch die Einbeziehung der Personalvertretung und nahezu aller Organisationsverantwortlichen bis auf die Ebene der Polizeinspektionen durch die Behördenleitung Transparenz allumfassend gegeben war. Die häufige Veränderung der Rahmenbedingungen, z. B. zu erwartende BAOs o. Ä., und der Rahmendaten, z. B. Berücksichtigung der Belastungssituation, bezogen auf PKS und VUS, sowie die komplexen Berechnungsmethoden und -modelle führten allerdings zumindest temporär zur Undurchsichtigkeit und begrenztem Verständnis.

Da der Ansatz, die Kennzahlen zur Belastungssituation als Grundlage der Personalberechnungen zu machen, eigentlich genau der richtige ist, sollte daran festgehalten und weitergearbeitet werden. Feinschliff daran ist möglich und nötig.

Hier lag dann auch der Ausgangspunkt für die beiden anderen o. g. negativen Attribute. Die Verbindung mit der anderen Berechnungsgrundlage „kalkulierte Sollstärke zum Stichtag 1. 10. 2012“ und „Iststärke zum 15. 8. 2012“ führte dann zu Irritationen bzw. Akzeptanzproblemen im Hinblick auf den konkreten



Reinhold Schmitt, GdP-Landesvorsitzender

Foto: GdP-Saarland

Zuteilungsvorschlag. Auch in diesem Kontext gab es immer wieder Veränderung bei der Zahl der zu verteilenden Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter, z. B. durch „Durchfaller“. Ständiges Überarbeiten der Konzepte bis zur letzten Minute wurde erforderlich.

Schade ist dabei, dass die Verteilung dieser Kolleginnen und Kollegen aus P31 dann sozusagen „auf den letzten Drücker“ passierte.

Kritischer ist die (Nicht-)Berücksichtigung der seit Jahren vorliegenden Vertetzungsgesuche und Veränderungswünsche der Beamtinnen und Beamten zu bewerten. Das ist wohl dem Wirkbetrieb der neuen Organisation geschuldet und muss im Echtbetrieb professioneller abgewickelt werden!

Durch Einwirken der GdP-Personalräte ist es allerdings gelungen, dass an dieser Problemzone noch nachgesteuert werden konnte.

Für die GdP steht unumstößlich fest: Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit muss vor dem Hintergrund der Personalreduzierung an der Neuausrichtung der Aufgabenzuweisung orientiert werden. Die neuen Organisationsbereiche in der LPP-Struktur, die Zentralstellen, KD, ESD und vor allem WSD/Intervention

werden anders aufgestellt sein, als das in der jetzigen Übergangsphase noch der Fall ist.

Zumindest gefühlt scheint das Verlaufsmodell schneller an Fahrt aufgenommen zu haben, als dies noch in der AG 2020 kalkulierbar war, sodass derzeit, auch im Zusammenhang mit der aktuellen Einsatzbelastung, die Grenzen der Belastbarkeit unserer Beschäftigten erreicht sind.

Wenn das Großprojekt „Polizei 2020“ ein gutes werden soll, muss der laufende Prozess nicht nur gut, sondern besser, also noch professioneller werden.

Die GdP wird sich bei der weiteren Gestaltung konsequent einmischen und Impuls geben sowie Akzente setzen.

Wir kümmern uns – präsent und kompetent.

Anzeige

Neufahrzeuge
für **Gewerkschaftsmitglieder**
zu **super Konditionen:**

www.psw-neufahrzeuge.de



Eine Kooperation von Sozialwerken
und Service-Unternehmen
der Gewerkschaft der Polizei
und anderer DGB-Gewerkschaften

Landesrechnungshof präsentiert Zahlen und Maßnahmenvorschläge

Von Carsten Baum, Vorsitzender unserer AG Beamtenpolitik

Wie gerufen für die inzwischen ja schon von allen Spatzen vom Dach gepfiffenen weiteren Einsparabsichten der Landesregierung unter dem Diktat der Schuldenbremse, hat sich am 21. September 2012 der Landesrechnungshof mit einem „Sonderbericht Beamtenversorgung“ presswirksam zu Wort gemeldet. Einiges aus dem Bericht war ja schon der Saarbrücker Zeitung zu entnehmen, garniert mit von Sozialneid gekennzeichneten Überschriften auf Stammtischniveau wie dem „wohlverdienenden Ruhestand“, dessen sich die Beamten angeblich erfreuen.

Und was bringt der Sonderbericht bahnbrechend Neues? Konstruktive Vorschläge zur nachhaltigen Sicherung der Beamtenversorgung durch kluges und vorsorgendes staatliches Handeln? Oder wieder einmal nur Vorschläge nach dem Muster „Strecken – Streichen – Kürzen“ zu Lasten der langjährig als „Sparschweine“ bewährten Beamten und Versorgungsempfänger? Der nachfolgende Beitrag zeigt kurz und knapp auf, was in dem rd. 100 Text- und 40 Tabellenseiten umfassenden Sonderbericht drinsteckt.

die bisherige Rechtsentwicklung der letzten 20 Jahre bei der Beamtenversorgung auf. Dazu zählen auch die seitherigen 14 (!) über uns hereingebrochenen so genannten Reform-, Neuordnungs- und Änderungsgesetze, die allesamt Streichungen und Kürzungen bei der Versorgung bewirkt haben, sodass das Versorgungsniveau seit 1990 um insgesamt 12 Prozent abgesenkt wurde. Beamte und Versorgungsempfänger haben hierdurch dem Saarland bereits jährliche Minder Ausgaben von 48 Mio. Euro eingebracht. Der Rechnungshofbericht zählt alle einzelnen Einsparmaßnahmen auf, einschließlich der zuletzt erfolgten Streichung der Ausgleichszahlung (§ 48 BeamtVG – ÜL Saar) beim Pensionseintritt der Polizisten. Als Gewerkschafter kennen wir solche Aufzählungen unter der Bezeichnung „Giftliste“. Insoweit gut, dass es den Rechnungshof als objektive Instanz gibt. Endlich werden die Dinge

Anerkennung bisheriger Konsolidierungsbeiträge der Beamten

In seinem von großer Objektivität und Sachkunde gekennzeichneten Bericht zeigt der Rechnungshof zunächst wie aus dem Lehrbuch alle maßgeblichen Rahmenbedingungen, Rechtsgrundlagen und

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe ist der 5. November 2012.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: LotharSchmidt@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

BEFÖRDERUNGEN OKTOBER 2012

Hier nochmal die Verteilung auf die einzelnen Besoldungsgruppen.

Wir gratulieren allen beförderten Kolleginnen und Kollegen zum neuen Amt.

Denjenigen, die noch nicht dabeisein konnten, versprechen wir unseren ganzen Einsatz, damit es bald klappt.

Besoldungsgruppe	Anzahl	Auswahlkriterien
A 9 mD nach A 9 gD	6	Bu mind. 3, bis RDA 10/10, vollendetes 40. Lebensjahr
A 9 nach A 10 prüfungsfrei	22	RDA bis 10/04, Geb.-Jahr 1954
A 9 nach A 10 FHSV	2	Bu 2, VorBu 3, RDA 02/05
A 10 nach A 11	4	RDA bis 10/07 u. ohne Funkt. RDA bis 04/02
A 11 nach A 12	6	A 12 seit 2001, RDA bis 04/07, DA bis 1984
A 14 nach A 15	2	Bu 2, VorBu 2, RDA 04/08
Gesamt	42	



SONDERBERICHT BEAMTENVERSORGUNG



Carsten Baum Foto: GdP Saarland

einmal auch von offizieller Seite vollständig beim Namen genannt, und es kommen Daten und Fakten auf den Tisch, die die Politik nach getaner Arbeit gern schnell „vergisst“ bzw. verschweigt.

Der Rechnungshof sagt auch klar und deutlich, dass das Saarland durch sein zurückliegendes (Nicht-)Handeln selbst verantwortlich ist für die gegenwärtige und künftige missliche Situation in puncto Beamtenversorgung:

- hausgemachte ungünstige Altersstruktur (aktuell sind rd. 42 Prozent aller Beamten über 50 Jahre alt, werden also in den nächsten 15 Jahren „Versorgungsfälle“);
- hausgemachte Einstellungs- und Verbeamtungspolitik der Vergangenheit (z. T. wurden Beamte statt Angestellte eingestellt, da kurzfristig „billiger“);
- fehlende finanzwirtschaftliche Vorsorge, da kaum Rücklagen gebildet wurden für die seit Jahrzehnten absehbaren „Pensionslasten“, die man jetzt als Drama inszeniert;
- Erträge aus Kürzungen etc. wurden nicht zweckgebunden (für spätere Versorgungsausgaben) zurückgelegt, sondern anderweitig „verbraten“;
- für eine Umstellung der Altersversorgung vom Umlage- auf ein Kapitaldeckungsverfahren fehlten (und fehlen weiterhin) dem Staat die notwendigen Mittel, eine Kreditfinanzierung scheidet aus (Schuldenbremse!);
- die für eine gemäß der OECD-Empfehlung vorzunehmende Stärkung der privaten Vorsorge erforderlichen, d. h. deutlich über der Inflationsrate liegenden jährlichen Besoldungserhöhungen konnte und kann sich das Saarland nicht leisten, eine Kreditfinanzierung scheidet auch hier aus (Schuldenbremse!);

• auch für einen Versorgungsfonds (Pensionsfonds) fehlen freie Mittel, die man (so wie es der Bund und zehn Bundesländer tun) in der Größenordnung von 30 bis 45 Prozent eines Gehalts parallel dazu „ins Sparschwein“ für spätere Versorgungslasten einzahlen könnte, man müsste sich das dafür notwendige Geld jetzt teuer leihen, um dann (erst) in 40 Jahren Einsparungen zu erzielen – das geht aber auch wieder nicht, da ... (siehe oben, Schuldenbremse!).

Aktuelle Lage

1980 hatte das Saarland 7100 Versorgungsempfänger, 2010 waren es schon 12 600, was gegenüber dem Jahr 1980 um den Faktor 3,8 höhere Versorgungsausgaben und um den Faktor 10,7 höhere Beihilfezahlungen erzeugte. Oder, anders ausgedrückt: 2010 gab es 78 Prozent mehr „Versorgungsfälle“ als 1980. Im Jahr 2022 wird deren Zahl dann voraussichtlich (d. h. ohne Gegenmaßnahmen wie z. B. Lebensarbeitszeitverlängerung) bei 15 500 liegen; das entspricht in etwa der momentanen Gesamtanzahl der im Landesdienst vorhandenen aktiven Beamten.

Die Versorgungsausgaben des Saarlandes betragen aktuell 400 Mio. Euro, davon entfallen 83 Prozent auf die Pensionäre und die restlichen 17 Prozent auf Hinterbliebene (Witwen/Witwer/Waisen). Hinzu kommen 65 Mio. Euro für Beihilfe an Versorgungsempfänger. Zwei Drittel aller Versorgungsempfänger waren zuvor im Schuldienst bzw. im Vollzugsdienst – daher steckt dort auch das größte Sparpotenzial.

Männliche Versorgungsempfänger sterben mit 77 bis 80 Jahren, weibliche durchschnittlich mit 84 Jahren. Dies macht erkennbar, welchen Einfluss die Versorgungsbezugszeit auf die Ausgabenhöhe hat und wie man hier mit gewissen „Stellschrauben“ Einfluss nehmen könnte, beispielsweise durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ansonsten kommen in den nächsten Jahren alljährlich 600 Versorgungsempfänger als „Neu-Pensionäre“ hinzu, die „nix mehr schaffen“ und dem armen Saarland nur noch auf der Tasche liegen, indem sie Pensions-„Lasten“ und infolge ihrer Krankheits- und Pflegekosten erhebliche Beihilfeleistungen verursachen.

Lageentwicklung

Da die jetzigen und künftigen Versorgungsausgaben finanzwirtschaftlich nicht

zu den Staatsschulden zählen, sondern alljährlich aus dem laufenden Haushalt zu bestreiten sind, kann man angesichts des vom Rechnungshof für die nächsten zehn Jahre prognostizierten Anstiegs der Versorgungsausgaben von 400 auf 580 Mio. Euro und bei den Beihilfeleistungen von 65 auf 100 Mio. Euro von einer „verdeckten Schuldenfalle“ sprechen.

Sie könnte nach Auffassung des Rechnungshofes die Existenz des Landes konkret gefährden, wenn jetzt nicht umgehend gegengesteuert wird.

Die Analysten des Rechnungshofes haben hierzu flugs ausgerechnet, dass man den zu erwartenden Ausgabenanstieg bei der Versorgung vollständig kompensieren könnte, wenn man jetzt alsbald im Landesdienst 2350 Stellen abbaut; wie es der Zufall (?) so will, passt dies genau zu den von der Großen Koalition bereits skizzierten Bestrebungen für einen massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst.

Was schlägt der Rechnungshof vor?

Es gibt hier mehrere Szenarien, die grob durchgerechnet präsentiert werden – mit und ohne Verzicht auf Versorgungsanpassungen, mit und ohne Lebensarbeitszeitverlängerung sowie Kombinationen aus mehreren verschiedenen Maßnahmen.

Dabei fällt auf, dass der Rechnungshof einseitig nur diejenigen Alternativen benennt, die (wie auch immer) die Beamten zur Ader lassen, um die Staatskasse von Ausgaben zu entlasten – kein Wort aber dazu, wie die Einnahmesituation des Landes zu verbessern bzw. die demografisch bedingten Steuermindereinnahmen zu kompensieren wären.

Dabei liegt doch auf der Hand, dass sich der Spardruck bei den Ausgaben im selben Umfang verringert, wie die Einnahmesituation des Landes verbessert wird. Hier darf erwähnt werden, dass allein die Vermögenssteuer dem Saarland vor ihrer Abschaffung Jahr für Jahr rd. 33 Mio. Euro eingebracht hatte – Einnahmen, die man mit der von den Gewerkschaften geforderten Wiedereinführung dieser Steuer (natürlich unter Beachtung der Einwände des Bundesverfassungsgerichts) zurückgewinnen könnte, wenn denn die Koalitionäre an der Saar politisch den notwendigen Mumm dafür aufbrächten.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Verlängerung Lebensarbeitszeit

Obwohl eingeräumt wird, dass allein die Verlängerung der Lebensarbeitszeit finanziell fürs Land gar nicht so viel bringt (im Vollzugsdienst im Jahr 2026 nur Reduzierung der 3700 Versorgungsempfänger um max. 95 Fälle = minus 2,6 Prozent, vgl. S. 68 des Berichts), ist die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahre (Beamte allgemein) bzw. von 60 auf 62 Jahre (besondere Altersgrenze Polizei) für den Rechnungshof ein „dringend angezeigtes Muss“, und zwar nach dem Modell des Bundes und verschiedener Länder (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen).

Vollzugsbeamten (Polizei!), die über lange Jahre im Schichtdienst tätig waren, möchte der Rechnungshof mit Vollendung des 60 Lebensjahres eine Ruhestandsversetzung auf Antrag gewähren, dann allerdings mit entsprechenden Abschlägen (vgl. S. 76 des Berichts).

Offensive für freiwillige Weiterarbeit

Im offensichtlichen Gegensatz zur derzeitigen Strategie des Innenministeriums und des Landespolizeipräsidiums hinsichtlich des Umgangs mit von Betroffenen beantragten Lebensarbeitszeitverlängerungen empfiehlt der Rechnungshof dem Saarland über die pflichtige Verlängerung hinaus eine solche Offensive als schnell greifenden Lösungsansatz gegen explodierende Versorgungsausgaben.

Erhöhung des Versorgungsabschlages, Reduzierung vorzeitiger Ruhestandsversetzungen

Wer vorzeitig in Ruhestand geht, bekommt derzeit für jedes Jahr 3,6 Prozent vom Ruhegehalt abgezogen, maximal aber 10,8 Prozent. Der Rechnungshof will (wohl zur Abschreckung) diese Obergrenze auf 14,4 Prozent anheben. Dadurch soll erreicht werden, dass mehr als die bisherigen 20 Prozent der Neupensionäre (konkret: insbesondere mehr Lehrerinnen und Lehrer) länger bzw. bis zur gesetzlichen Altersgrenze im aktiven Dienst verbleiben.

Altersgerechtes Gesundheits- und Personalmanagement

Flankierend zu einer verlängerten Lebensarbeitszeit empfiehlt der Rechnungshof zielgerichtete Konzepte zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit der Bediensteten (Gesundheitsmanagement) sowie zum altersgerechten Einsatz und zur altersgerechten Führung (Personalmanagement).

Damit werden langjährige Forderungen von DGB und GdP aufgegriffen und ausdrücklich unterstützt. Wir werden sehen, inwiefern die Politik dem Rechnungshof und den Gewerkschaften letztlich Gehör schenken und spürbare Maßnahmen umzusetzen bereit sein wird. Das gilt auch für ein klüger als jetzt gestaltetes „Hinübergleiten“ vom aktiven Dienst in den Ruhestand etwa durch Altersteilzeit.

Regelmäßige Landesversorgungsberichte

Wie vom Bund bereits praktiziert, soll auch die Landesregierung alsbald und anschließend regelmäßig (in jeder Legislaturperiode) einen Versorgungsbericht vorlegen; eine diesbezügliche Verpflichtung der Landesregierung sollte nach Vorstellung des Rechnungshofes sicherheitshalber gesetzlich verankert werden.

Schnelles Handeln geboten

Bei der Beamtenversorgung sieht der Rechnungshof angesichts seiner alarmierenden Entwicklungsanalyse ein „Gestaltungsvakuum“, das die Landesregierung umgehend und systematisch ausfüllen sollte. In dem Zusammenhang ist auch die Rede von auch künftighin schmerzhaften Einschnitten unter dem Aspekt der Existenzsicherung des Saarlandes (vgl. S. 102 des Berichts).

Perspektiven aus Sicht der GdP

Die GdP Saarland hat sich mit ihrer AG Beamtenpolitik gut gerüstet und munitioniert für die anstehenden Debatten. Unsere fundierten, im GdP-Vorstand bereits Ende August abgestimmten Argumente und Positionen präsentieren und diskutieren wir derzeit landauf, landab in den Mitgliederversammlungen unserer Untergliederungen.

Am „Runden Tisch“ mit der Landesregierung, im politischen Raum von Par-

lament, Fraktionen und Parteien, in den Medien, im Diskurs mit der Landesverwaltung einschließlich dem Finanzministerium bringen wir uns konstruktiv-kritisch ein. Mit den Schwestergewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dem DGB Saar haben wir starke Verbündete.

Unser Versprechen

Wie in der Vergangenheit kann daher auch bei der sich nun zuspitzenden Debatte um die Beamtenversorgung als sicher gelten, dass die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger am Ende „mit und wegen der GdP“ besser abschneiden werden als ohne – dafür strengen wir uns an, und das kann und soll von unseren Mitgliedern als Versprechen aufgefasst werden.

Mitgliederservice

Für Mitglieder, die sich (u. a. anhand des umfangreichen Tabellenanhangs) detaillierter informieren möchten, steht der Sonderbericht des Rechnungshofes zur Beamtenversorgung (Landtags-Drucksache 15/142 vom 21. 9. 2012) ab sofort als pdf-Dokument auf der Internetseite des GdP-Landesbezirks Saarland zur Verfügung.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH



Zum 60. Geburtstag überbrachte unser Landesvorsitzender Reinhold Schmitt (links im Bild) unserem St. Wendeler Kollegen Zimmer die besten Wünsche! Weiterhin Dir und Deiner Familie, lieber Hubert, viel Glück und Gesundheit!

Foto: Schmitt



JUNGE GRUPPE

Begrüßungsschwenken für die P34

Von André Hofmann, stellv. Landesjugendvorsitzender

Am 12. September lud der Landesvorstand der JUNGEN GRUPPE die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen des Studienjahrgangs P 34 zum traditionellen Begrüßungsschwenken ein. Bei typisch saarländischem Schwenker und Cola, Limo, Sprudel und Bier wurden in lockerer Runde erste Kontakte geknüpft und Erfahrungen ausgetauscht.

Der Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE stellte auch in diesem Jahr für jede/n Kollegin/Kollegen der P 34 eine DVD mit Bildern der Vereidigungsfeier zusammen, die im Rahmen des Begrüßungsschwenkens kostenlos entgegengenommen werden konnte.

Weiterhin konnten sich die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen über die Aktivitäten der JUNGEN GRUPPE informieren:

Neben unserer diesjährigen Bildungsfahrt zum Flughafen Frankfurt (29. bis 30. September), organisierte die JUNGE GRUPPE, in Kooperation mit unserem langjährigen GdP-Kollegen Gerhard Zägel, auch in diesem Jahr mehrere Termine zur Abnahme der Tastenschreibprüfung, die laut Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO) eine Zulassungsvoraussetzung für das Hauptstudium darstellt.

Besonderer Dank gilt unserem Sponsor Sascha Terzenbach von der PVAG, unserem GdP-Kollegen Gerhard Zägel, den Kolleginnen und Kollegen der Bildstelle und allen Helferinnen und Helfern der Einsatzhundertschaft, des GdP-Landesvorstands, der GdP-Geschäftsstelle sowie des Landesjugendvorstands der JUNGEN GRUPPE!

Nachdem bereits am Begrüßungsschwenken erste Informationen an unsere neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen weitergegeben wurden, erfreute sich auch der JUNGE-GRUPPE-Infostand am 21. September, vor der Cafeteria der Bereitschaftspolizei, über redlichen Zuspruch aus den Reihen der P 34.

Der Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE wünscht Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen der P 34, alles Gute und viel Erfolg für Euer bevorstehendes Studium an der Fachhochschule für Verwaltung!



Oben die Begrüßung durch André Hofmann, in der Mitte die bis auf den letzten Platz gefüllte BFE-Halle und unten der gut frequentierte Infostand. Fotos: Hofmann



BRENNPUNKT BEIHILFE

Wieder Jour fixe im Finanzministerium

Fast schon guter Brauch sind die Termine „Jour fixe“, die unsere Beihilfe-Fachleute Udo Ewen und Carsten Baum etwa vierteljährlich beim Leiter der Abt. A (Grundsatz) des für die Zentrale Beihilfestelle zuständigen Ministeriums der Finanzen im Saarbrücker „Stadtgraben“, Herrn Lt. Ministerialrat Oswald Balzert, wahrnehmen.

Auch beim zuletzt absolvierten Termin am 27. Juni wieder im GdP-Kummerkasten: die Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen. Sie weisen immer noch (zu) starke Schwankungen auf, je nach für den Anfangsbuchstaben des Antragsteller-Namens zuständigen Sachbearbeiter/-in. Das Spektrum reicht von zwei Tagen für den „Sprintkönig“ der Beihilfestelle bis zu 23 Tagen für den Kollegen von der Schneckenfraktion. Dass dies im Sinne von Qualitätsmanagement und „Kundenfreundlichkeit“ nicht so bleiben kann und die Bearbeitungszeiten auf keinen Fall die 15-Tage-Grenze überschreiten, weiß und will auch Chef Oswald Balzert. Seit regelmäßig die GdP bei ihm „auf der Matte steht“, lässt er sich von der Beihilfestelle vor jedem „Jour fixe“ Monat für Monat die Bearbeitungszeiten im Schnitt und je Sachbearbeiter/-in zu liefern; auf diese Weise besteht ein guter Überblick, wo Verbesserungsbedarf besteht. Hier im Benehmen mit den Verantwortlichen beim LZD/ZBS (Beihilfestelle) für Abhilfe zu sorgen, hat er uns versprochen.

Weitere Themen waren die unzureichende Information der Zentralen Besoldungsstelle in Sachen Kindergeld hinsichtlich des Steuervereinfachungsgesetzes 2011 mit dem Wegfall der Verdienstgrenzen für in Erstausbildung/Studium befindliche über 18 Jahre alte Kinder (wir berichteten), die durch die neueste Änderung des § 67 SBG bewirkte rückwirkende „Legalisierung“ des Abzugs des Kinderermäßigungsbetrages bei der Kostendämpfungspauschale nur bei einem von zwei Elternteilen, wenn beide im öffentlichen Dienst sind. Moniert haben wir auch die nach GdP-Überzeugung unfaire Prozesstaktik der Beihilfestelle, die – wenn sich in einem Verwaltungsgerichtsverfahren in der strittigen Beihilfesache ein Unterliegen des Landes abzeichnet – durch Einlegen und Zurückziehen von Rechtsmitteln alles tut, damit es nicht zu einer – dann als Grund-

satzentscheidung bindenden – Entscheidung der höheren Instanz (OVG, BVerwG) kommt; deswegen müssen unsere Beihilfeberechtigten selbst in „klaren“ Angelegenheiten immer wieder neue Widerspruchs- und Klageverfahren anstrengen und dabei kostenwirksam vom GdP-Rechtsschutz unterstützt werden. Schließlich haben wir einmal mehr beklagt, dass die Beihilfestelle nicht einmal die Fallpauschale zu zahlen bereit ist, wenn jemand fehlerhaft (ohne privat dafür voll versichert zu sein) im Krankenhaus infolge einer unbedachten Unterschrift Wahlleis-

tungen (Chefarzt, 2-Bett-Zimmer ...) in Anspruch genommen hat; hierzu ist erkennbar geworden, dass eine Lösung nicht mit der Verwaltung (Finanz- und/oder Innenministerium) machbar, sondern von GdP und DGB nur politisch zu erstreiten ist.

Fazit:

Gewiss gehen uns die Probleme und Themen nicht aus, deshalb ist der „Jour fixe“ sinnvoll und wird fortgesetzt. Unser nächster Termin ist schon fixiert. Wir bleiben am Ball – und berichten.

Carsten Baum

KREISGRUPPE NEUNKIRCHEN

Einladung zur Jahres-Mitgliederversammlung

am 6. Dezember 2012 um 13.45 Uhr im Lokal Alt-Steigershaus zwischen Bildstock und Merchweiler (Tel.: 0 68 25/51 81)

Auf der Tagesordnung steht nach meinem Rechenschaftsbericht u. a. die Neuwahl eines/einer Kreisgruppenvorsitzenden und eines/einer Stellvertreters/Stellvertreterin, Delegiertenwahlen für die Personkonferenzen und Nominierungen für die 2013 stattfindenden Personalratswahlen sowie der Bericht des GdP-Landesvorsitzenden Reinhold Schmitt zu den anstehenden Polizeirefor-



men. Nach der Aussprache zu diesem Bericht werden wir unsere Jubilare ehren. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe Neunkirchen, Ihr seid herzlich eingeladen. Im Anschluss an die Versammlung wird noch ein Imbiss gereicht.

Hartmuth Emmerich
Vorsitzender

Der scheidende Kreisgruppenvorsitzende Hartmuth Emmerich

DKMS

„Hilfe für Dirk und andere“ hat ein Menschenleben in Irland gerettet

Lieber Herr Schmidt, unsere gemeinsame Aktion „Hilfe für Dirk und andere!“ ist bald ein Jahr lang her. Leider konnten wir Dirk Schnubel durch die Aktion nicht helfen. Jedoch hat die Aktion nun aber ihren ersten Lebensretter für einen anderen Patienten hervorgebracht. Im September konnte ein junger Mann aus unserer Aktion für einen 42-jährigen Mann aus Irland Stammzellen spenden und



Dirk Schnubel verstarb am 7. Dezember letzten Jahres an Blutkrebs. Am 4. Dezember hatten wir noch in seinem Heimatort Körprich eine Typisierung durchgeföhrt. Foto: GdP Saarland

ihm damit eine Chance auf Leben geben. Das ist ein sehr schöner Erfolg und ich hoffe, Sie und die anderen Initiativgruppenmitglieder freuen sich genau wie wir darüber.

Herzliche Grüße aus Köln

Nicole Heßmert

Spenderneugewinnung DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei



SENIOREN

Ruhestandsvorbereitungsseminar in Bosen

Das Älter-Werden, das Alter ist als Herausforderung anzunehmen und – sofern wir dazu bereit sind – als eine Chance zu begreifen, in materieller Sicherheit die Lebensqualität zu verbessern und eine Freiheit zu genießen, die früheren Generationen nicht gegeben war.

Dass das Alter heute zu einer „späten Freiheit“ werden kann, gelingt nur, wenn jeder Einzelne bereit ist, sich aktiv der Herausforderung zu stellen, sein Leben in die Hand zu nehmen und neue, Sinn stiftende Aktivitäten zu entwickeln. Hier ist jeder aufgerufen, jeder gefordert. Die eigene Zukunft ist beeinflussbar. Erfolgreiches Altern gelingt umso besser, je intensiver wir uns mit der eigenen Zukunft beschäftigen.

Dieser Eindruck steht für viele Erfahrungen, welche die 16 Teilnehmer des dreitägigen Seminars zur „Vorbereitung auf die nachberufliche Phase“, das in der Zeit vom 26. bis zum 28. 9. 2012 im Hotel Merker in Bosen stattfand, mit nach Hause nahmen. Nach Eröffnung des Seminars durch den Landesseniorenvorsitzen-



Sichtlich zufriedene Teilnehmer des Bosener Seminars.

Foto: Jung

den Artur Jung wurde bereits in der Einstiegsphase deutlich, dass sich zu diesem Seminar Teilnehmer gemeldet hatten, die aktiv in die Einarbeitung der Seminarinhalte eingebunden werden wollten.

Am Vormittag des ersten Tages würdigte Klaus Wagner die rechtlichen Rahmenbedingungen der angehenden Versorgungsempfänger. Am Nachmittag des ersten Tages gehörte unserem Vertragsanwalt, Rechtsanwalt Werner Althaus, der über die Themen der Patienten- und Betreuungsverfügung sowie die Vorsorgevollmacht referierte. Hiernach folgte eine rege Diskussion über das sensible Thema, wobei die an Herrn Althaus gestellten Fragen von ihm auch ausführlich beantwortet wurden. Am zweiten Tag re-

ferierte der stellvert. GdP-Vorsitzende Ralf Porzel über die eigene Arbeitsgruppe „Beamtenpolitik, Besoldung und Versorgung“ und die im Saarland drohende Lebensarbeitszeitverlängerung. Am Nachmittag des zweiten Tages machte unser Beihilfeberater Norbert Herrmann einige Ausführungen über aktuelle Themen aus dem Beihilfebereich.

Anschließend wurde den Teilnehmern noch ein Filmbeitrag über das Dilemma „Riesterrente“ vorgeführt.

Der Freitag gehörte wie bei allen Seminaren der aktuellen Gewerkschaftspolitik aus dem Lande und dem Bund. Hier machte Ralf Porzel interessante Ausführungen über die aktuelle gewerkschaftspolitische Lage, über die Neuerungen im Sozialwerk und über die Gewährung von Rechtsschutz.

Alle Seminarteilnehmer erklärten, dass das Seminar eine spannende und informative Veranstaltung war.

Artur Jung
Landesseniorenvorsitzender

KG ST. WENDEL

Ringwallführung mit gutem Zuspruch

Bei herrlichem Wetter bot die Kreisgruppe St. Wendel ihren Mitgliedern und Partnern eine Ringwallführung in Otzenhausen an.

Über 30 Teilnehmer wanderten und lauschten der kundigen und engagierten Führerin Frau Zarth, als Sie ihre Erkenntnisse über die Keltenzeit und die neuesten Ausgrabungsergebnisse vortrug.

Der steile Aufstieg, belohnt mit tollen Ausblicken, wurde von allen Teilnehmern gemeistert, darunter unser 82-jähriges „Urgestein“ Wolfgang Frank.

Ein gemeinsames (scharfes) Essen im Meyershof rundete die Veranstaltung ab.

Thomas Ehlhardt

Auf dem Ringwall in Otzenhausen angekommen, müssen alle erst einmal verschnaufen; Frau Zarth erklärt die keltische Wehr-Anlage

Foto: Ehlhardt



POLIZEIBALL

Tanz- und Showvergnügen im Homburger Saalbau



Die Tanzfläche war immer gut gefüllt



Landesvorsitzender Reinhold Schmitt bedankte sich bei der bezaubernden Künstlerin Natasch Wright. Fotos: Wannemmacher

Am 8. September fand unser diesjähriger Polizeiball wiederum im Homburger Saalbau statt. Der Trend zum Tanzen setzte sich auch in diesem Jahr fort, die Tanzfläche war immer gut gefüllt.

Neben Gästen aus der Politik konnte der GdP-Vorsitzende Reinhold Schmitt auch viele Gäste aus der Polizeiführung und Wirtschaft begrüßen.

Ein großes Lob an die Big Band der Polizei des Saarlandes, die auch in diesem Jahr mit Musik und Gesang voll den Geschmack des Publikums traf und für eine volle Tanzfläche sorgte!

Für einen Augenschmaus sorgte das Tanzpaar Rada Gleyberman und Marc Wannemmacher von der TG Grün-Gold Saarbrücken, das ein Showprogramm mit den fünf lateinamerikanischen Turniertänzen darbot, welches das Publikum mit großem Applaus begleitete.

Das Highlight des Abends war der Auftritt der Sängerin Natascha Wright, die mit ihrer tollen Stimme das Publikum begeisterte. Die Sängerin stand schon mit DJ Bobo im Studio und auf der Bühne, tourte vier Jahre lang mit Haddaway um den Globus und ging schließlich noch mit Udo Jürgens auf große Tournee. Von ihrer Stimmgewaltigkeit her hätte sie ohne Verstärkeranlage singen können – einfach toll!

Die Tanzfläche war bis nach 1.00 Uhr gefüllt, so wie man es bei unserem Polizeiball auch erwartet.

Wir freuen uns schon auf den Polizeiball 2013, der am 5. Oktober 2013 wieder in Homburg stattfinden wird.

Charly Wannemmacher

Anzeige




PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

**PSW-Reisen - Partner der Gewerkschaft der Polizei
Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland**

5%

Nachlass auf alle Reisen!*

- Für GdP-Mitglieder - Fragen Sie auch nach unseren Gruppenreisen und sonstigen Vergünstigungen wie zum Beispiel Frühbucherrabatte!

Reiseschnäppchen im Internet unter www.psw-reisen.de
Buchungen auch aller anderen Reisen möglich!

* Ausgewiesenen und eigenverantwortliche Gruppenreisen, Bus/Flug, Fährbuchung, Eintritte, Verköstigungen und Getränke.




PSW-Reisen GdP, Thomas Cook Reisebüro

Eberhardstr. 26
70736 Fellbach
Tel.: 07145798196
Fax: 07145798142
Mail: info@psw-reisen.de

Maybachstr. 2
71738 Eberlingen
07042/970025
07042/970022
info@psw-reisen.de

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55128 Mainz
081319900820
081319900822
www.reisen.be@psw-reisen.de

Kaiserstr. 250
66133 Saarbrücken
069164124-0
069164124-24
psw.saarland@psw-reisen.de

